



FREIE WÄHLER

## Kreisverband Regensburg

### Fraktionssprecher:

Josef Bezold

Haderlsdorf 8

93176 Beratzhausen

☎ 09493 902010

Fax: 09493 9020

Mail: [jb@josef-bezold.de](mailto:jb@josef-bezold.de)

### Internet:

[www.fw-regensburg-land.de](http://www.fw-regensburg-land.de)

## Presseerklärung des Fraktionsvorstandes der FW im Landkreis Regensburg zur aktuellen Situation der Gymnasien und Beruflichen Oberschule

Die Bemühungen in der Stadt und im Landkreis Regensburg - über alle politischen Gruppierungen hinweg - unseren Kindern an den Gymnasien und an der Beruflichen Oberschule bessere räumliche Bedingungen zu schaffen unterstützen wir nachhaltig.

Klar wurde bei all diesen Gesprächen, die „schulische Landschaft“ kann nur gemeinsam mit Stadt und Landkreis gelöst werden. Mit dem Bau einer neuen Realschule in Obertraubling wurde dies auch schon in die Praxis umgesetzt.

Die aktuelle Beschlusslage des Kreistages geht von einem neuen Gymnasium und einer neuen Beruflichen Oberschule im Landkreis aus. Es ist deshalb verständlich, dass sich einige Landkreis Bürgermeister positionieren, geht es doch darum die Zentralität ihrer Gemeinden zu stärken und für ihre Schüler optimale Bildungsangebote vor Ort zu schaffen.

Fakt ist ebenfalls, für ein „Landkreis Gymnasium“ kamen vom Kultusministerium eher positive Signale, wenn die Zahlen stimmen; für eine zusätzliche Berufliche Oberschule aber momentan ein striktes „Nein“.

Grundsätzlich sollen die besten Lösungen für unsere Schüler angestrebt und dabei das wirtschaftlich Machbare nicht aus dem Auge verloren werden, so Kreisrat Harald Stadler.

Aus der Sicht von MdL Tanja Schweiger brauchen wir für das neue Gymnasium eine schnelle Lösung, denn der „Schülerberg“ ist momentan am höchsten. Für den diskutierten Standort Lappersdorf spricht, dass schon in diesem Herbst eine Raumlösung angeboten werden kann und dort bestehende Schulgebäude genutzt werden können. Organisatorisch wäre das zunächst als Außenstelle eines Regensburger Gymnasiums möglich. Dass der Landkreis in kurzer Zeit einen Umbau schultern kann, hat er bei der „Landwirtschaftsschule“ am Weinweg vorbildlich bewiesen.

Ein kompletter Neubau unabhängig vom Standort stünde sicher erst in drei Jahren zur Verfügung. Ab dem Schuljahr 2011 gibt es mit dem Wegfall des G 9 zusätzliche Klassenräume. Die brauchen wir auch, damit wir endlich unsere Klassenstärken an den Gymnasien auf 30 Schüler und darunter drücken können. Nur so kann Schulqualität und Schulentwicklung einem europäischen Standard angepasst werden. Fraktionssprecher Josef Bezold ist der Meinung, dass wir aber nicht nur in Gebäude, sondern vor allem auch die „Köpfe“ investieren müssen.

Bei den Beruflichen Schulen sollte spätestens im Herbst eine endgültige Lösung gefunden sein. Auf den Prüfstand kommen nach Ansicht der Freien Wähler zwei Varianten.

1. Eine „Einhäusigkeit“ der Beruflichen Oberschule in Regensburg. Hier müsste der Landkreis in eine Co-Finanzierung mit der Stadt Regensburg eintreten. Dieses Modell hätte die höchste Flexibilität und die größten Möglichkeiten ein breites Bildungsangebot für die „Fachober- und Berufsoberschüler“ zu schaffen. Unter den Fachleuten, auch des Ministeriums, findet dieses Konzept momentan die höchste Zustimmung.

2. Der Charme einer eigenen Beruflichen Oberschule im Landkreis liegt darin, dass es sich um ein relativ kleines, überschaubares „Haus“ handeln würde, mit eigener Dynamik und eigener Schulleitung. Trotzdem müsste diese neue Berufliche Oberschule des Landkreises wegen der Schülerströme unmittelbar am Rand der Stadt Regensburg sein.

In den nächsten Wochen sollten der Landkreis und die Stadt Regensburg einen gemeinsamen Weg für beide Schularten finden, dann könnte das „Konjunkturprogramm der Bundes“ angezapft werden, das eine 80 – 90 %ige Förderung vorsieht.

Auf Landkreisebene muss der Kreistag als zuständiges Gremium, am 16. März 2009 dafür endgültig die nötigen Beschlüsse fassen. Für das Gymnasium im Landkreis sind die Weichen schon gestellt, für die Berufliche Oberschule bedarf es noch einiger Diskussionen. Die Freien Wähler wünschen sich hier ebenfalls eine einvernehmliche Lösung mit der Stadt und den Umlandgemeinden. Das sollte uns nicht schwer fallen, geht es doch um die Zukunft unserer Kinder und um den Bildungsstandort Deutschland.